

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 92 (2012)
Heft: 999

Artikel: Deutschland, wieder mal
Autor: Hoffmann, Christian P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735476>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland, wieder mal

«Mehr Europa!»: so lautet angesichts der europäischen Schuldenkrise das Credo der Stunde.

Gemeint ist damit nicht etwa eine Erweiterung der europäischen Landmasse durch holländische Deichbautechnik. Gemeint ist eine weitere Zentralisierung und Konzentration politischer Macht in den Händen der EU-Institutionen. Ist das jedoch eine Lösung?

Es war eine zentralistische Institution der EU, die wesentlich zur Entstehung der aktuellen Krise beigetragen hat: die Europäische Zentralbank (EZB). Mit der Einführung des Euro ermöglichte sie den notorischen Weichwährungsländern Südeuropas eine Kreditaufnahme zu historisch tiefen Zinsen. Die Regierungen Spaniens, Portugals, Griechenlands und Italiens machten davon regen Gebrauch, und zwar so lange, bis eben die privaten Anleger das Vertrauen in die Bonität der Schuldner verloren.

Auf diesen Vertrauensverlust reagierte die EU erneut mit «mehr Europa»: EZB, Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) ersetzen nun abstinent private Investitionen und finanzieren den Geldbedarf strukturschwacher Länder direkt aus öffentlichen Mitteln. Diese Entmündigung privater Sparer und Anleger läuft auf ihre Enteignung hinaus, denn nur sie können letztlich für grosszügige Staatsausgaben haften.

Wenn es nach der Regierung Merkel geht, ist all dies aber immer noch nicht genug Europa – was es nun brauche, sei eine Fiskalunion mit harmonisierter Spardisziplin und Schuldenbremse, später auch eine Sozialunion nach deutschem Vorbild. Jüngste EU-Gipfelbeschlüsse weisen bereits den Weg in diese Richtung. Am deutschen Wesen soll Europa genesen. Wieder einmal.

Schon bei der Einführung des Euro protzte die damalige Regierung Kohl, man werde durch die Maastricht-Kriterien zur Bestimmung der Schuldenobergrenze eine fiskalische Wende in Europa herbeiführen. Der Euro werde die deutsche Tradition moderater Verschuldung und harter Geldpolitik auf der europäischen Ebene verankern. Erreicht wurde freilich das genaue Gegen-



Christian P. Hoffmann

ist Assistenzprofessor für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen und Forschungsleiter am Liberalen Institut.

teil: die Aushöhlung der deutschen Stabilitätspolitik durch den Euro. Und heute?

Bei aller berechtigten Kritik am Demokratiedefizit in der Europäischen Union ist das Scheitern der teutonischen Anmassung ein Verdienst der Demokratie. Die Mehrheit der Euro-Staaten hat schlicht kein Interesse an einer Geld- und Fiskalpolitik à l'Allemagne. Jede weitere Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die europäische Ebene bedeutet selbstredend, dass diese Entscheidungen ebenfalls dem Mehrheitswillen der Weichwährungs- und Schuldnerstaaten ausgesetzt werden.

In einer Demokratie gilt eben nicht, dass befiehlt, wer zahlt. Hier gilt: *one man, one vote*. Ein demokratisches Europa wird daher nicht teutonisch sein, ein teutonisches Europa nicht demokratisch.

Der Wunsch deutscher Bürger nach moderaten Schulden und stabilem Geld ist zweifellos legitim; er beruht auf tiefen kulturellen Wurzeln und einschneidenden historischen Erfahrungen. Diese Stabilitätskultur lässt sich aber nicht ohne weiteres nach Resteuropa exportieren. Dazu bedürfte es einer knallharten Entmachtung der resteuropäischen Regierungen und Bürger, was auch Angela Merkel nicht ernsthaft wollen kann.

Das Scheitern der ebenso anmassenden wie naiven deutschen Europapolitik ist darum absehbar – und wird die deutschen Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Es ist jedoch zugleich eine Warnung an die nicht minder blauäugigen und überheblichen EU-Schwärmer der Schweiz. Nicht lange ist es her, dass man hierzulande mehr Souveränität durch «mehr Europa» forderte.

In Bundesbern gilt weiterhin als ausgemacht, dass nur durch einen EU-Beitritt mehr Einfluss auf die europäische Gesetzgebung genommen werden könne. Der kleinen Schweiz soll demnach gelingen, woran das grosse Deutschland scheitert. Eine Prise Realpolitik und Politökonomie dagegen genügt, um zu verstehen: Eine EU der 27+ wird nie teutonischen oder helvetischen Charakters sein. Dafür wird die Mehrheit der ausgabefreudigen Europäer schon sorgen. ◀